

HITLERS VERNICHTUNGSSTRATEGIE

**Die Flucht- und Befreiungskatastrophen der Reichs- und Volksdeutschen Ost-Mittel-europas
Band I/02**

Widmung und Danksagung

>>Tradition heißt, der unbekanntesten aller Klassen - unseren Vorfahren - Stimmen zu geben. Tradition ist die Demokratie der Toten.<< (Gilbert K. Chesterton)

Diese Dokumentation ist meiner Mutter Elisabeth gewidmet, die im Jahre 1946 aus ihrer schlesischen Heimat in Ludwigsdorf, Kreis Hirschberg, vertrieben wurde, und soll an alle Reichs- und Volksdeutschen erinnern, die den Flucht- und Befreiungskatastrophen 1944/45 zum Opfer fielen.

Mein Dank gilt

allen Zeitzeugen und Historikern, die diese Dokumentation überhaupt erst ermöglichten. Ihre wahrheitsgetreuen Erlebnisberichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß diese Tragödie der Deutschen niemals in Vergessenheit geraten wird. Ich danke außerdem dem Bundesarchiv Koblenz für die Erlaubnis, in dieser Doku-Reihe aus den Dokumentationen "Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" sowie "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948" zu zitieren.

Diese Dokumentation ist besonders meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

>>Erzähle mir die Vergangenheit, und ich werde die Zukunft erkennen.<< (Konfuzius)

In diesem Dokumentarbericht über die Flucht- und Befreiungskatastrophen geht es vor allem um die Erinnerung an verdrängte Tatsachen und die Hintergründe von entsetzlichen Verbrechen.

Für die meisten Deutschen ist es sicherlich erstaunlich, aber diese Katastrophen der Reichs- und Volksdeutschen gehören zweifelsfrei zu den bestdokumentierten Episoden der deutschen Geschichte. Das Bundesarchiv Koblenz verfügt z.B. nach jahrzehntelanger Sammlungstätigkeit über außergewöhnlich reichhaltige "Ostdokumentationen". Diese Archivalien sind sowohl quantitativ als auch qualitativ einzigartige Quellen.

Im Jahre 1950 beauftragte die deutsche Bundesregierung bekannte Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten. Das Gesamtwerk wurde schließlich in den Jahren 1954-61 fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Diese amtliche "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" war im Jahre 1984 erstmalig im Deutschen Taschenbuch Verlag (dtv; München) erhältlich und umfaßt insgesamt 8 Bände.

Wer diese erschütternden Dokumente gelesen hat, wird sicherlich verstehen, warum die deutsche Bundesregierung erst nach 30 Jahren einer (unfreiwilligen) Veröffentlichung zustimmte.

>>Man muß die Zukunft im Sinn haben und die Vergangenheit in den Akten.<< (Charles M. Talleyrand)

Um die Flucht- und Befreiungskatastrophen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa realistisch darzustellen, wurden die Ereignisse durch amtliche Dokumentationen, Erlebnisberichte der unmittelbar Betroffenen und durch historische Publikationen ergänzt. Die einleitenden Dokumentationen des Bundesministeriums für Vertriebene sollen zunächst einen Überblick über die damalige Situation vermitteln. Die tragischen Ereignisse wurden nach bestem Wissen und Gewissen schlicht und sachlich geschildert, wie sie damals wirklich geschehen sind. Besonders grauenvolle Schilderungen wurden grundsätzlich nicht berücksichtigt.

Die schonungslose Offenlegung dieser verdrängten Tatsachen soll in erster Linie informieren und das bisherige Schweigen brechen, denn die unfaßbaren Massenverbrechen, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmision" ereigneten, wurden bisher bewußt verdrängt.

Wenngleich rückhaltlose Tatsachen naturgemäß brutal und vielfach grausam sind, dürfen sie nicht unterschlagen werden. Niemand darf diese unsägliche Vergangenheit des deutschen Volkes ignorieren, denn die Erinnerung an die Opfer und die Ächtung dieser Verbrechen stellen weiterhin eine fundamentale Herausforderung für alle Deutschen und osteuropäischen Nachbarn dar.

Vor allem die jüngere Generation sollte sich unbedingt über die Tragödie der Ost- und Volksdeutschen informieren, denn nur wer die Geschichte seiner Vorfahren bzw. seines Volkes kennt, steht fest in der Gegenwart und kann die Erhaltung des Friedens und der Freiheit schützen, damit sich ähnliche Katastrophen niemals wiederholen.

Einleitende Zitate

>>Nichts ist geeigneter, uns den rechten Weg zu weisen, als die Kenntnis der Vergangenheit.<< (Polybios)

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Flucht der deutschen Bevölkerung vor der Roten Armee (x001/23E-24E): >>Innerhalb des Gesamtprozesses der Vertreibung von über zehn Millionen Ostdeutschen nach Mittel- und Westdeutschland, der in den letzten Kriegsmonaten begann, später in den Potsdamer Beschlüssen von den Siegermächten zum Programm erhoben und durch die Ausweisungsaktionen der folgenden Jahre beendet wurde, stellt die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung vor der Roten Armee den ersten Abschnitt dar.

Etwa die Hälfte aller Deutschen aus Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg, Schlesien und aus Polen, die heute in Mittel- und Westdeutschland als Vertriebene leben, kam während dieses erstes Zeitabschnittes auf dem Wege der Flucht aus ihren ostdeutschen Heimatorten über die spätere Oder-Neiße-Linie nach Westen. Diese Ost-West-Bewegung von rund 5 Millionen Ostdeutschen war zunächst nichts anderes als eine der kriegsbedingten Bevölkerungsverlagerungen innerhalb Deutschlands, deren es schon mehrere gegeben hatte.

Auch aus Berlin waren infolge des Luftkrieges 1,5 Millionen Menschen evakuiert worden oder selbständig abgewandert, und in der Rheinprovinz, die ebenfalls durch Luftangriffe besonders heimgesucht und seit dem Herbst 1944 zusätzlich durch die Annäherung der Westfront bedroht war, lebten um die Jahreswende 1944/45 rund 2 Millionen Menschen (das ist 25 v.H.) weniger als 1939.

Die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung nach Innerdeutschland unterschied sich von diesen Bevölkerungsbewegungen allerdings durch die Plötzlichkeit, mit der sie infolge des schnellen russischen Vormarsches hereinbrach, und die dadurch hervorgerufenen zahllosen Katastrophen. Auch das Ausmaß der Flucht aus dem Osten war größer, weil der Schrecken, den die sowjetischen Armeen unter der deutschen Bevölkerung verbreiteten, die Furcht vor der Besetzung durch die anglo-amerikanischen Truppen, ja selbst vor den Bombenangriffen um ein Vielfaches übertraf.

Dennoch war prinzipiell die Evakuierung bzw. Flucht der ostdeutschen Bevölkerung nicht von anderer Natur als die Vielzahl kleiner und großer Bevölkerungsbewegungen innerhalb Deutschlands, die durch Kriegsmaßnahmen und Kampfhandlungen hervorgerufen worden waren und deren Rückläufigkeit nach Ende des Krieges als sicher zu erwarten stand.

Da die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung heute fast nur noch als Einleitung und Vorstufe der darauffolgenden Vertreibung betrachtet wird, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß den Flüchtlingen damals, als sie vor der Roten Armee flohen, nichts ferner lag als der Gedanke, ihre Entfernung von der Heimat könnte eine Verdrängung für längere Dauer oder schließlich gar eine dauernde Trennung von ihren angestammten Wohnsitzen, den Verlust ihrer Heimat bedeuten. Es war ihnen vielmehr selbstverständlich, daß das Verlassen der gefährdeten Heimatorte wie jede andere kriegsbedingte Evakuierung innerhalb Deutschlands nur eine vorübergehende und allenfalls für die Dauer des Krieges geltende Notmaßnahme war.

Kaum jemand in Deutschland ahnte, daß zu dieser Zeit bereits die polnische Exilregierung und die Alliierten darin übereinstimmten, große Teile Ostdeutschlands an Polen zu übergeben und die dort wohnenden Deutschen auszusiedeln, und daß durch die Flucht somit die spätere Ausweisungsarbeit der Polen erleichtert, ihr gleichsam vorgearbeitet worden war.

Wenn auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam aus der Flucht der ostdeutschen Bevölkerung auf ihren Willen zur Preisgabe der Heimat geschlossen und damit die spätere Austreibung begründet wurde, so war dies ein verhängnisvoller Fehlschluß und mußte in den Ohren der Ostdeutschen wie Hohn klingen. Denn erst durch die alliierten Beschlüsse über die Aus-

weisung der Deutschen östlich der Oder-Neiße, die während der Potsdamer Verhandlungen im Juli/August 1945 endgültig formuliert wurden, ist die im Zuge der Flucht erfolgte Ost-West-Wanderung von 5 Millionen Deutschen zu etwas anderem als einer kriegsbedingten und vorübergehenden Bevölkerungsbewegung geworden.

Erst jetzt und dadurch, daß die Ausweisung auch der in Ostdeutschland Zurückgebliebenen beschlossen wurde, hörte die schon im Gange befindliche Rückkehr der Ostdeutschen, auf und wurde die durch die Flucht aus Ostdeutschland hervorgerufene Bevölkerungsverlagerung nach Westen endgültig.

Die Flüchtlinge aus Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien waren nunmehr, da ihnen die Rückkehr verwehrt und das Heimatrecht genommen worden war, im wahren Sinne des Wortes "Vertriebene". Aus diesem Grunde muß auch die Flucht für die historische Betrachtung als ein Teil des Gesamtvorganges der Vertreibung gelten, obwohl sie zunächst eine rein kriegsbedingte Erscheinung darstellte. ...<<

>>Zum Aussprechen der Wahrheit gehören zwei: Einer, der sie sagt, und einer, der zuhört.<< (Henry D. Thoreau)

Lew Kopelew berichtete über die sowjetische Befreiungsmision in Ostpreußen (x037/135-136): >>Es waren bestimmt zu einem großen Prozent Berufsverbrecher. Wir bekamen dort an der 2. Belorussischen Front zu Beginn des Jahres 45 in den ersten Januartagen zur Auffüllung 10 oder 11 sog. Strafkompagnien. Jede bestand aus nicht weniger als 1.000 Mann. Sie kamen aus Straflagern. Es waren keine politischen Gefangenen. Es waren bestenfalls Gewohnheitsverbrecher, aber auch Berufsverbrecher. ...

... Außerdem waren es viele junge Menschen. Junge Menschen, die eingezogen waren, aus den früheren deutsch besetzten Gebieten. ... Es waren junge Menschen, die mit 17, 18, 19 Jahren kamen, die die Okkupation erlebt haben und nicht die beste Erinnerung daran hatten, und die nichts gelernt haben außer Schießen, Stechen, Eingraben, Töten, sich vor dem Tod irgendwie verbergen. ... Die wurden von den älteren Genossen mitgenommen. ...<<

Im April 1945 erklärte Stalin gegenüber dem jugoslawischen KP-Generalsekretär Milovan Djilas (x029/307): >>Sie haben eine Idealvorstellung (von) der Roten Armee. Und sie ist nicht ideal, und kann es auch nicht sein, auch nicht, wenn sie nicht einen bestimmten Prozentsatz an Kriminellen umfassen würde: Wir haben die Zuchthäuser geöffnet und alle in die Armee abkommandiert.

Die Rote Armee ist nicht ideal. Hauptsache ist es, daß sie gegen die Deutschen kämpft - und dies tut sie recht gut - alles andere spielt ja keine Rolle. ...<<

Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd. V.), berichtete z.B. über die Befreiungsmision der sowjetischen Streitkräfte (x047/5,39,277):

>>Sie befreiten auch einen großen Teil Deutschlands und setzten der Aggression dort das Ende. ... Sie bewahrten die Welt vor faschistischer Sklaverei und erfüllten zuverlässig alle militärischen Pflichten. ... Die Schlachten des Krieges tobten noch, da halfen sie bereits den befreiten Völkern, das Leben im Lande wieder in Gang zu bringen und ihre demokratischen Errungenschaften vor Anschlägen der Konterrevolution zu verteidigen.

Der Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes von der Naziherrschaft eröffneten ihm den Weg zum antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Neubeginn, eröffneten den Weg zur Gründung der DDR. ... Die Völker der Welt feierten dankbar die historische Befreiertat der Sowjetstreitkräfte. ...<<

>>... 1944/45 wurden von den sowjetischen Truppen 13 Länder Europas und Asiens vollständig oder teilweise befreit. ... Mehr als 1 Million sowjetische Soldaten fielen im Kampf für die Befreiung der unterdrückten Völker. ... Die Befreiungsmision der sowjetischen Streitkräfte

hatte große historische Bedeutung und wurde von den Völkern der Welt mit aufrichtiger Dankbarkeit begrüßt. ...<<

>>... Der größte Teil der Streitkräfte war an der sowjetisch-deutschen Front konzentriert. Hier hatte die handelnde Armee (Kampftruppen) 1945 eine Stärke von 6,7 Millionen Mann (ohne Reserve- und Nachschubeinheiten). ... Die Streitkräfte der UdSSR haben sich in den Jahren des Zweiten Weltkrieges unsterblichen Ruhm erworben. Für Heldentaten im Kampf wurden mehr als 7 Millionen Armeeingehörige mit Orden und Medaillen geehrt, mehr als 11.600 Angehörigen der Streitkräfte wurde der Titel "Held der Sowjetunion" verliehen. Ungefähr die Hälfte aller Ausgezeichneten waren Kommunisten oder Komsomolzen.<<

Militärische Lage östlich der Oder-Neiße-Linie (1944)

>>Man hätte ihn schon längst einen Kopf kürzer machen sollen.<< (Jüdisches Sprichwort)

Im Jahre 1944 mußten sich die deutschen Wehrmachtstruppen an fast allen Fronten fluchtartig zurückziehen. Infolge der verlustreichen Abwehr- und Rückzugskämpfe wurde die Kampfkraft des Ostheeres unaufhörlich schwächer, denn die großen Menschen- und Materialverluste konnten schon längst nicht mehr ersetzt werden. Den deutschen Ostarmeen fehlten vor allem Waffen, Munition und Verpflegung. Die Nachschubprobleme wurden täglich bedrohlicher. Generalfeldmarschall Erich von Manstein ("Heeresgruppe Süd") forderte ab Januar 1944 die Räumung des Dnjeprbogens, drastische Frontverkürzungen und Frontverlagerungen nach Westen. Von Manstein verlangte außerdem, daß man endlich einen "wirklich verantwortlichen Oberbefehlshaber" für die Ostfront einsetzen müßte. Diese Rückzugsforderungen und Änderungen des Oberbefehls lehnte Hitler jedoch kategorisch ab, denn angeblich würde kein anderer seine "überragende Autorität" besitzen.

Hitler blieb bis zur totalen Niederlage ein uneinsichtiger Fanatiker, der seine "strategischen Vorstellungen" ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzte. Hitlers unsinnige "Halttaktik" und laienhafte Fehleinschätzungen brachten letzten Endes Tod und Verderben über das gesamte Ostheer.

Die Führerbefehle verursachten ständig militärische Katastrophen. Wider den Rat seiner erfahrenen Heerführer opferte Hitler leichtfertig komplette Armeen. In Stalingrad (1942/43), Nordafrika (1943), Weißrußland (1944), Rumänien (1944), Ostpolen und im Baltikum (1945) richteten Hitlers Fehler vernichtende Niederlagen an, bei denen der "Führer" mindestens 100 Divisionen in den sicheren Tod hetzen ließ (x076/228).

Im Januar 1944 erreichten sowjetische Truppen bereits die ehemaligen polnischen Grenzen in Wolhynien

Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221). Gegen diese verheerende Katastrophe, die Hitler zweifellos verschuldet hatte, war die verlustreiche Kesselschlacht im weitentfernten Stalingrad geradezu "unbedeutend". Im Jahre 1942/43 hatte die Vernichtungsschlacht um Stalingrad "nur" rd. 125.000 Tote und 91.000 Kriegsgefangene gefordert (x040/160, x041/129).

Nach der vernichtenden Niederlage in Weißrußland war die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, bestand nicht mehr.

Anstatt die Ostfront mit allen Mitteln zu unterstützen und die ostdeutsche Zivilbevölkerung zu evakuieren, ließ Hitler sogar noch mehrere kampfstärke Wehrmachtsverbände an die Westfront verlegen, um die Atlantikinvansion der Westalliierten abzuwehren.

In Süd-Osteuropa mußten die deutschen Truppen Kreta, Griechenland und den Balkan räumen. Ab August bis zum November 1944 besetzte die Rote Armee Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und griff die Slowakei (ab September 1944) sowie Ungarn (ab Oktober 1944) an.

Obgleich ab August 1944 unaufhörlich sowjetische Truppentransporte vor der ostpreußischen und polnischen Grenze eintrafen, mußte das deutsche Ostheer im Herbst und Winter 1944 weitere kampferprobte Divisionen für die "Ardennenoffensive" und die Verteidigung Ungarns abtreten.

Für Hitler war der längst verlorene "Ostkrieg" nur noch ein lästiger "Nebenkrieg". Der völlige Zusammenbruch der Wehrmacht und die bedingungslose militärische Kapitulation, die bisher noch kein deutscher Staat hinnehmen mußte, war Ende 1944 nur noch eine Frage der Zeit.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954

über die militärische Lage in den ostdeutschen Provinzen (x001/9E-10E): >>Sowjetrussische Truppen vor den Grenzen Ostdeutschlands

Bis zum Sommer 1944 lagen die deutschen Ostprovinzen fernab von allem Kriegsgeschehen. Von Luftangriffen leidlich verschont, schienen sie die sichersten Gebiete des Reiches zu sein. Das ständige Zurückweichen der Ostfront beeinträchtigte das Sicherheitsgefühl ihrer Bewohner wenig, spielten sich die Kampfhandlungen doch immer noch Hunderte von Kilometern östlich von Memel und Weichsel ab.

Diese Lage änderte sich grundlegend nach dem Beginn der russischen Großoffensive am 22. Juni 1944. Innerhalb weniger Wochen durchmaß die zahlenmäßig weit überlegenen sowjetischen Angriffsarmeen den weiten Raum zwischen Dnjepr und Weichsel, zerschlugen dreißig deutsche Divisionen und gelangten in unmittelbare Nähe Ostpreußens. In den ersten Augusttagen verursachten vorgeprellte sowjetische Panzerspitzen eine überstürzte Flucht der Bevölkerung des Memellandes, die sich jedoch als übereilt erwies, da die russischen Truppen die Reichsgrenze nicht überschritten und in der Folgezeit wieder zurückgeworfen wurden.

Mit der Niederwerfung des polnischen Aufstandes in Warschau im September 1944 hatte die Entwicklung der Operationen im polnischen Raum, einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Front verlief von Süden nach Norden im allgemeinen entlang dem großen Weichselbogen bis Warschau, folgte dann dem Narew und lief auf einer Linie östlich von Lyck bis östlich von Schloßberg dicht an der ostpreußischen Grenze entlang bis über die Memel und führte weiter in nördlicher Richtung durch Litauen hindurch. Ostpreußen war nunmehr unmittelbares Hinterland der Front geworden, und auch das für die deutsche Kriegsindustrie so außerordentlich wichtige Industriegebiet Oberschlesien lag nur noch 150 km von der Weichselfront entfernt.

Der russische Angriffserfolg war um so schwerwiegender, als er außer den westlichen Gebieten Rußlands auch einen beträchtlichen Teil Ostpolens der deutschen Herrschaft entrissen hatte und die russischen Truppen für die folgenden Kämpfe auf eine aktive Teilnahme polnischer Kampfverbände rechnen konnten.

Sogleich nach der Besetzung Ostpolens durch sowjetische Truppen hatte das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung das Regiment in dem befreiten Teil Polens übernommen (22. Juli 1944, und bereits vier Tage später wurde zwischen ihm und dem sowjetischen Befehlshaber ein Abkommen geschlossen, wonach Polen sich verpflichtete, alle militärisch mögliche Hilfe zur Bekämpfung der Deutschen zu leisten. –

Durch Aushebung von Soldaten und die Vereinigung der Partisanenverbände aus Ostpolen mit den seit dem Herbst 1943 auf russischer Seite eingesetzten polnischen Divisionen wurden die polnischen Streitkräfte beträchtlich vermehrt.

Da sich das polnische Befreiungskomitee, das sich am 31. Dezember 1944 zur Provisorischen Regierung der Polnischen Republik konstituierte, ausschließlich aus kommunistisch gesinnten Polen zusammensetzte, die während des Krieges der Union der Polnischen Patrioten in der Sowjetunion angehört hatten, stellte die Wiedererrichtung des polnischen Staates auch einen politischen Erfolg der Sowjets dar, der von weitreichenden Folgen sein sollte.<<

Verteidigungsmaßnahmen, Räumungspläne und NS-Propaganda

>>Im Zuge der totalen Kriegsmaßnahmen wurde auch das "NS-Rechtssystem" vereinfacht und in drei Gesetzen zusammengefaßt:

1. Wer etwas unternimmt oder unterläßt, wird bestraft;
2. Art und Maß der Strafe richten sich nach dem Volksempfinden;
3. Was Volksempfinden ist, bestimmt der zuständige NSDAP-Gauleiter.<< (NS-Spottvers)

Nach dem mißglückten "Hitler-Attentat" vom 20. Juli 1944 erhielten einige NS-Organisationen z.T. wesentliche militärische Aufgaben und Rechte, denn Hitler vertraute fast nur noch den NS-Gauleitern und SS-Führern.

Die Gauleiter (ab 16.11.1942 auch Reichsverteidigungskommissare) in den ostdeutschen Provinzen und annektierten Gebieten waren: Erich Koch (Ostpreußen), Karl Hanke (Niederschlesien), Fritz Bracht (Oberschlesien), Albert Forster (Danzig-Westpreußen), Franz Schwede-Coburg (Ostpommern) und Emil Stürtz (Mark Brandenburg).

Reichsstatthalter Konrad Henlein (Sudetengau), Reichsstatthalter Arthur Greiser (Reichsgau Wartheland), Generalgouverneur Hans Frank (Generalgouvernement = westliches Polen), Reichsprotector Konstantin von Neurath (Protectorat Böhmen und Mähren = Tschechoslowakei).

Die Gauleiter waren nur dem Führer und Reichsleiter Bormann (Hitlers Sekretär) unterstellt. Sie beauftragten nur Kreisleiter, Kreisbauernführer, NSV-Kreisamtsleiter, Kreisfrauenschaftsleiterinnen und NSDAP-Gliederungsführer mit der Vorbereitung sowie Durchführung von Räumungs- und Bergungsmaßnahmen. Das Personal der staatlichen Ämter und Behörden (z.B. Beamte, Landräte und Bürgermeister) war den NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenleitern disziplinarisch unterstellt. Ab Juli 1944 kontrollierten die NS-Gauleiter außerdem den Ausbau der Befestigungsanlagen, organisierten die Aufstellung und Leitung des Volkssturms und überwachten sämtliche Evakuierungsmaßnahmen. Vor allem die ungenügenden Räumungsvorbereitungen wirkten sich später besonders verhängnisvoll aus.

Die Wehrmachtsbefehlshaber und Frontoffiziere forderten frühzeitig die Räumung der bedrohten Gebiete. Sie teilten den verantwortlichen NS-Führern unmißverständlich mit, daß die Frontlinien viel zu schwach seien, um den erwarteten sowjetischen Ansturm abzuwehren bzw. aufzuhalten. Obwohl die militärische Lage bereits im Sommer bzw. im Herbst 1944 vollkommen aussichtslos war und sowjetische Offensiven unmittelbar bevorstanden, unternahmen die verantwortlichen NSDAP-Führer monatelang nichts, um die Zivilbevölkerung aus den gefährdeten Ostgebieten zu evakuieren.

Schanzarbeiten

>>Und du, mein Weib - als Ehrengabe sei dir der Spaten anvertraut. Oh Alma, schippe, schanze, grabe, ganz Deutschland ist auf Sand gebaut!<< (NS-Spottvers)

Ab Juli 1944 bis Januar 1945 wurden in den deutschen Ostprovinzen umfangreiche Grenzbefestigungen errichtet und ausgebaut (Ostpreußen = "Ostwall", Ostbrandenburg = "Obrastellung", Ostpommern = "Pommernwall" und Schlesien = "Bartholdlinie"). Hitler hatte die Weisung für den Ausbau des Ostwalls bereits am 12.08.1943 erteilt ("Führerbefehl" Nr. 10).

Der Bau von Panzersperren, Geschützstellungen, Schützengräben, Straßenbarrikaden, Munitions- und Treibstofflagern erforderte unsägliche Arbeit und Mühe. Um größere Städte verteidigen zu können, mußten endlose Grabensysteme, eine Vielzahl von Schützenlöchern und Befestigungen angelegt werden. Die NSDAP-Organisationen zwangen die einheimische Bevölkerung fast täglich zu sinnlosen Arbeitseinsätzen.

In Tages- und Nachtschichten wurde trotz Hitze, Regen, Sturm oder Kälte rund um die Uhr gebaut und geschachtet. Alle Frauen, Männer, ältere Schülerinnen und Schüler, die eine

Schaufel oder einen Spaten halten konnten, mußten monatelang Schanzarbeiten leisten. Tausende von Fremdarbeitern (Polen, Ukrainer u.a.) sowie Kriegsgefangene, die oft nur mangelhaft untergebracht und gepflegt werden konnten, "schaufelten" ebenfalls in den deutschen Ostprovinzen, um das Millionenheer der Roten Armee zu stoppen.

Die Wehrmachtsbefehlshaber durften vielerorts nicht einmal beratende Funktionen ausüben, so daß ein großer Teil der Befestigungsanlagen und Stellungen ungeeignet war. Einige sowjetische Angriffe erfolgten später aus entgegengesetzten oder seitlichen Richtungen. Viele Abwehrstellungen konnte man auch wegen fehlender Truppen nicht besetzen.

In manchen neuerrichteten Verteidigungsstellungen kämpften zwar Volkssturmeinheiten gegen sowjetische Panzertruppen, aber ohne schwere Waffen war jeder Widerstand völlig aussichtslos. Hitler hatte ab 1942 fast alle ostdeutschen Artilleriegeschütze demontieren und an die französische Atlantikküste ("Atlantikwall") verlagern lassen, wo sie größtenteils kein einziges Geschöß abfeuerten. Der "Atlantikwall" verfügte z.B. über 14.747 Betonbunker und Geschützstände (x090/290).

Obwohl die Kampffront fast täglich näher rückte und der Kampflärm immer deutlicher zu hören war, stellte man die Schanzarbeiten nicht vorzeitig ein. Die Arbeiten wurden oft bis zur "letzten Minute" fortgesetzt, so daß zahlreiche Zivilisten, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, die unverdrossen ihre Pflicht erfüllten bzw. Zwangsarbeit leisten mußten, den Überraschungsangriffen der Roten Armee zum Opfer fielen. Hitlers Plan, das sowjetische Millionenheer mit Gräben und Schützenlöchern aufzuhalten, mußte zwangsläufig scheitern.

Volkssturm

>>Kinder kauft Kämmе, es kommen lausige Zeiten.<< (Deutscher Spottvers)

Nachdem Hitler am 25.09.1944 den Befehl zur Bildung des deutschen Volkssturms erteilt hatte, wurden alle waffenfähigen Männer vom 16. bis zum 60. Lebensjahr erfaßt. Sämtliche Männer, die bisher wegen kriegswichtiger Arbeiten oder Untauglichkeit vom Wehrdienst befreit waren, einschließlich der Arm- und Beinamputierten, wurden ebenfalls rekrutiert.

Trotz dieser Rekrutierungsmaßnahmen erfaßte man nur einen Teil der wehrfähigen Männer, denn die große Mehrheit der NSDAP-Parteimitglieder wurde nie an der Kampffront eingesetzt. Die NS-Führungskräfte stellten weiterhin viele junge HJ-Führer und "besondere" NS-Parteigenossen eigenmächtig vom Kriegseinsatz frei. Während gesunde, kräftige NS-Parteimitglieder "wehruntauglich" waren und aufgrund ihrer "guten Beziehungen" ausgemustert wurden oder ungefährliche Druckposten ergatterten, hetzte man schwächliche Jugendliche und alte, kraftlose Greise an die Kampffronten, um die Heimat "bis zum letzten Blutstropfen" zu verteidigen (x049/32).

Ungeachtet des "totalen Krieges", den Goebbels am 18.02.1943 verkündet hatte (Hitler-Erlaß zur totalen Mobilisierung vom 13.01.1943), waren bis 1944/45 mindestens noch 60 % aller NSDAP-Parteigenossen un(ab)kömmlich gestellt oder verschafften sich sichere Posten an der "Heimatfront".

Der SD berichtete im Jahre 1944 über "Drückebergerei" und "Druckposten" (x049/31-32):

>>Der im Kriegseinsatz ... stehende Volksgenosse stelle häufig fest, daß gewisse Teile der Bevölkerung von den Totalisierungsmaßnahmen (Maßnahmen für den totalen Kriegseinsatz) nicht erfaßt würden und das es heute noch zahlreiche Einrichtungen gebe, deren Aufgabe auf nebensächlichen und kriegsunwichtigen Gebieten liegen würden. ...

Im Vordergrund der kritischen Äußerungen stehen die UK-Stellungsmaßnahmen. Hier stellte sich der größte Teil der Volksgenossen auf den Standpunkt, daß es mit Ausnahme der Zurückstellung von ausgesprochenen Spezialisten keine UK-Stellung geben dürfe. Oft ist die Ansicht zu hören, daß die Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und viele berufs-

ständige Einrichtungen (z.B. der Reichsnährstand), auch die NSDAP und einzelne ihrer Gliederungen, nur oberflächlich erfaßt würden.

Die Enttäuschung äußere sich vereinzelt in der Behauptung, wer ein Amt bei einer Behörde oder NSDAP habe, werde nicht eingezogen, selbst wenn er kv (kriegsverwendungsfähig) sei. ...<<

Für die militärische Organisation und den Kampfeinsatz des Volkssturms war Himmler (Reichsführer SS und Befehlshaber des Ersatzheeres) verantwortlich. Die Volkssturmmangehörigen waren Soldaten im Sinne des deutschen Wehrgesetzes und der Haager Landkriegsordnung. Sie erhielten ein Soldbuch und hatten die gleichen disziplinarischen Pflichten und Rechte wie die Soldaten der Wehrmacht. Ausbildung, Bewaffnung und Kleidung der Volkssturmmangehörigen waren im allgemeinen äußerst mangelhaft und primitiv. Der Volkssturm wurde häufig nur mit französischen, polnischen, sowjetischen und sonstigen Beutewaffen ausgerüstet. Ausreichende bzw. passende Munition war gewöhnlich nicht vorhanden (höchstens 5-10 Patronen pro Mann).

Falls man genügend NS-Uniformen hatte, bekam der Volkssturm feldgrau eingefärbte NS-Parteiformen. Viele Volkssturmmänner erhielten jedoch lediglich Armbinden mit dem Aufdruck "Deutscher Volkssturm - Wehrmacht". Winterstiefel oder festes Schuhwerk standen ebenfalls nicht ausreichend zur Verfügung, so daß mancher Volkssturmmangehörige im härtesten Winter mit Halbschuhen an die Kampffront marschieren mußte.

NS-Propaganda und Parolen

>>Das Deutsche Reich leidet nie mehr an Textilnot, da es unerschöpfliche Rohstoffquellen besitzt: Unzählige Lumpen in der Partei, unbegrenzte Hirngespinnste des Führers und einen endlosen Geduldsfaden des deutschen Volkes!<< (NS-Spottvers)

Die verantwortlichen NS-Parteibehörden, NS-Rundfunk, NS-Presse und NS-Parteifunktionäre täuschten bis zum bitteren Ende militärische Möglichkeiten vor, die es schon längst nicht mehr gab. Das NS-Regime kündigte z.B. für März 1945 Frühjahrsoffensiven gegen die Rote Armee an, um die Kriegswende einzuleiten. Ferner sollten "Wunderwaffen" (Riesenpanzer, unbesiegbare Kampfflugzeuge, ferngesteuerte Luftabwehrraketen usw.) eingesetzt und ausgeruhte, kampfstärke Truppenverbände aus dem Westen an die Ostfront verlegt werden, da die westlichen Alliierten den Kampf schon bald einstellen würden.

Diese verantwortungslose NS-Propaganda wirkte derartig nachhaltig, daß viele Deutsche bis zum militärischen Zusammenbruch an den "Endsieg" glaubten. Sie warteten jeden Tag auf den großen Gegenschlag und den Einsatz der kriegsentscheidenden "Wunderwaffen".

Die perfekte NS-Propaganda verbreitete unentwegt aufpeitschende Parolen und forderte die Zivilbevölkerung zum entscheidenden Gefecht auf: >>Gau- und alle sonstigen politischen Leiter kämpfen in ihrem Gau und Kreis, siegen oder fallen! ... Ein Hundsfott, wer flüchtet und nicht bis zum letzten Atemzug kämpft! ... Germanische Gefolgschaftstreue bis in den Tod! ... Widerstand bis zum Letzten, jedes Dorf wird eine Festung! ... Noch in diesem Jahr tritt die große geschichtliche Wende ein! ... Adolf Hitlers Siegesglaube - auch unser Glaube! ... Hinter dem Führer steht ein Volk, das auf ihn baut! ... <<

Den nicht zu übersehenden Rückzug der deutschen Wehrmacht stellten Goebbels' Propagandamedien u.a. als taktische Maßnahme dar. Fast alle Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter waren ständig unterwegs. Sie hielten unentwegt "flammende Reden" und Durchhalteappelle. Hierbei setzte man vor allem auf Falschmeldungen, Halbwahrheiten, übertriebene Vaterlandsliebe oder offene Drohungen, um die verunsicherten Volksgenossen zu beruhigen oder einzuschüchtern.

In den letzten Kriegsmonaten versammelten sich die Deutschen täglich vor den Radiogeräten, weil jeder die neuesten Wehrmachtsberichte verfolgen wollte. Der Wehrmachtsbericht wurde

regelmäßig, vom ersten bis zum letzten Tag des Zweiten Weltkrieges, vor den Mittagsnachrichten im Radio gesendet und in den Tageszeitungen veröffentlicht. Nach der stets gleichbleibenden Ankündigung - "DAS OBERKOMMANDO DER WEHRMACHT GIBT BEKANNT" - folgte ein zusammenfassender Bericht über die Kampfhandlungen an allen Fronten.

Die Wehrmachtsberichte waren in knapper, nüchterner Form abgefaßt und vermieden direkte Falschmeldungen. Das OKW operierte zwar ab Dezember 1941 mit Auslassungen, Verschleierungen und Verharmlosungen, aber im allgemeinen wurden alle militärischen Ereignisse und Entwicklungen umfassend dargestellt, da das OKW bis zum Kriegsende eine direkte NS-Zensur verhindern konnte (x051/623).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die allgemeine Lage in den östlichen Provinzen 1944/45 (x001/10E-13E): >>Deutsche Verteidigungsmaßnahmen und Räumungspläne in den östlichen Provinzen

Die unmittelbare Bedrohung Ostdeutschlands, die durch den sowjetischen Vormarsch bis zur Weichsel und zur ostpreußischen Grenze entstanden war, führte seitens der deutschen politischen Führung zu verzweifelten Maßnahmen. Obwohl die Gesamtkriegslage im Herbst 1944 infolge des Vormarsches der Westalliierten bis an die deutsche Westgrenze, bei dem stetigen Zurückweichen der deutschen Armee in Italien und den Verlusten an der Südostfront bereits als aussichtslos gelten mußte, machte man sich glauben, daß durch ein Aufgebot des ganzen Volkes in letzter Stunde das Schicksal noch einmal gewendet werden könnte.

Zu dieser Verkennung der Lage kam bei Hitler nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 die zum äußersten gesteigerte Zwangsvorstellung - von seinen politischen Vertrauten noch bewußt genährt -, die Generalität habe durch Sabotage die militärischen Rückschläge mitverursacht. Die Folge davon war Hitlers Erlaß vom 25. Juli 1944, durch den Goebbels das Amt eines Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz übertragen erhielt und der gesamte Staats- und Wirtschaftsapparat in erhöhtem Maße der Kontrolle der Bevollmächtigten der Partei unterstellt wurde.

Neben Goebbels waren dies vor allem die Gauleiter, die schon seit dem 16. November 1942 zugleich auch die Stellung von Reichs-Verteidigungskommissaren innehatten und deren Befugnisse nun erweitert und auch auf Fragen der militärischen Verteidigung ausgedehnt wurden. Ihnen, nicht der militärischen Führung, wurde der Ausbau von Befestigungsanlagen in den Ostprovinzen und durch einen Erlaß Hitlers vom 18. Oktober 1944 die Aufstellung und Leitung des Volkssturms übertragen.

Noch im Juli 1944 wurde die gesamte arbeitsfähige männliche Bevölkerung Ostpreußens zum Ostwallbau aufgerufen. Bauern und Landarbeiter sowie die wegen Unabkömmlichkeit bisher von Einberufungen zum Kriegsdienst verschont gebliebenen Männer bis zum 65. Lebensjahr, dazu auch ausländische Arbeitskräfte wurden von den Kreisleitungen der NSDAP. zu Schippkolonnen zusammengestellt und in drei- bis vierwöchigen Kommandos während des Sommers und Herbstes 1944 an der östlichen Grenze Ostpreußens und hinter der Narew-Front zum Bau von Panzergräben, Schützenlöchern und Bunkern befohlen.

Für den gesamten Ostwallbau von der Memel bis Warschau lag der Oberbefehl in den Händen des äußerst ehrgeizigen und brutalen Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars von Ostpreußen Erich Koch.

Im Gebiet des Generalgouvernements und des Warthegaues kam es ebenfalls zu umfangreichen Schanzarbeiten. Unter Einsatz von Polen und Deutschen wurden zwei hintereinander gestaffelte Stellungen ausgehoben, die vordere entlang der Linie Leslau-Kutno-Wielun, die weiter rückwärts gelegene längs der Linie Kolmar-Posen-Lissa. Weitere Befestigungsanlagen wurden im Zuge des Unternehmens Barthold entlang der alten schlesisch-polnischen Grenze gebaut und Teile der schlesischen Bevölkerung zu den Erdarbeiten herangezogen. Desgleichen mußte die Zivilbevölkerung im östlich der Weichsel gelegenen Teil des Reichsgaues

Danzig-Westpreußen und im Bereich der alten Pommern- und Obra-Stellung, die sich an der östlichen Grenze Pommerns und Brandenburgs hinzog, zum Stellungsbau antreten.

Die Militärbefehlshaber der einzelnen Frontbereiche hatten bei diesen von den Reichsverteidigungskommissaren geleiteten Befestigungsbauten nur beratende Funktionen; daraus ergaben sich naturgemäß zahlreiche Meinungsverschiedenheiten, teilweise kam es zur Anlage von Befestigungen, die militärisch unbrauchbar oder taktisch unzweckmäßig waren. Im Hinblick auf die Tatsache, daß später fast überall die nötigen Truppeneinheiten zur Besetzung der in langen Monaten ausgebauten Stellungen fehlten, erscheint die ganze Aktion des Ostwallbaues heute als eine der verzweifelten und letztlich nutzlosen Anstrengungen der letzten Kriegsmo-
nate.

Ähnliches gilt auch von der Einrichtung des Volkssturms. Die Idee des Volksturms war eine Folge des nach dem 20. Juli proklamierten totalen Kriegseinsatzes gewesen. Ursprünglich von dem damaligen Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Guderian, an Hitler herangetragen, ging die Ausführung dieser Idee bald auf die Partei über, in der vor allem der ostpreußische Gauleiter Koch als ihr Verfechter hervortrat. Im Oktober 1944 wurde durch Goebbels im ganzen Reich die Bildung des Volkssturms proklamiert, der alle Männer vom 16. bis 65. Lebensjahr erfassen sollte, die bisher wegen kriegswichtiger Arbeiten oder wegen mangelnder Tauglichkeit vom Wehrdienst befreit gewesen waren.

Die Gau- und Kreisleitungen der NSDAP, hatten die Aufstellung und Leitung dieser quasimilitärischen Organisation in der Hand. Zuerst in Ostpreußen, aber noch im Herbst 1944 auch in allen anderen Provinzen des Reiches wurden Volkssturmeinheiten geschaffen. Ihr militärischer Wert hat sich als äußerst gering erwiesen, und gerade im Osten des Reiches hat ihr Aufgebot im Grunde nur dazu geführt, daß die Zivilbevölkerung in den Wochen der Flucht vor der Roten Armee kaum noch männlichen Beistand besaß, was zur Steigerung ihrer Hilflosigkeit, ihrer Verluste und des Ausmaßes an Leiden führte.

Wesentlich bedeutsamer als die reinen Verteidigungsaufgaben wurde für das künftige Schicksal der ostdeutschen Bevölkerung die Art und Weise, wie sich die deutschen Behörden in der Frage der Räumung und Evakuierung verhielten. Bei den Parteiorganen war jede Beschäftigung mit Räumungsplänen von vornherein dadurch gehemmt, daß sie alles zu vermeiden hatten, was der mit allen Mitteln der Propaganda aufrechterhaltenen Siegeszuversicht der Bevölkerung Abbruch tun könnte, und daß überdies ihre Funktionäre in fast unglaublicher Hartnäckigkeit und Blindheit die wirklichen Gefahren ignorierten und an die immer aufs Neue angekündigte plötzliche Wendung der militärischen Lage Deutschlands glaubten oder solchen Glauben wenigstens zur Schau stellten.

Gleichwohl begann man, oft auf Initiative der zivilen Verwaltungsstellen, der Regierungspräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister hin, seit dem Sommer 1944 ernste Erwägungen darüber anzustellen, was mit der Zivilbevölkerung geschehen solle, wenn es den sowjetischen Armeen gelänge, in die östlichen Provinzen des Reiches einzudringen.

So unzulänglich die hier erörterten Maßnahmen blieben und so sehr sie propagandistisch beeinflußt sein mochten, so haben sie sich doch in einem Punkt als absolut gerechtfertigt erwiesen, nämlich in dem Wissen oder der Ahnung davon, daß ein Einbruch sowjetischer Truppen in deutschbewohnte Gebiete unerträgliche Leiden für die Zivilbevölkerung heraufführen werde und deshalb die Flucht oder Evakuierung der Bevölkerung die einzige Chance ihrer Rettung sei. In dieser Frage stimmten Regierungspräsidenten, Landräte und Bürgermeister, die sich sonst nicht selten gegen die Bevormundung seitens der Parteistellen wehrten, durchaus mit diesen überein.

Und auch die Wehrmachtbefehlshaber, die aus ihrer Erfahrung am deutlichsten wußten, was der Zivilbevölkerung bevorstehen würde, wenn sie in die Hände der siegreichen russischen Truppen fiel, unterstützten kategorisch das Verlangen, die deutsche Zivilbevölkerung des Ostens aus den Gefahrenbereichen zu evakuieren.

Der Unterschied zwischen den einzelnen verantwortlichen Behörden bestand nur darin, daß die zivilen Verwaltungsbehörden ebenso wie die Wehrmachtsbefehlshaber in der Regel zeitiger an Räumungsvorbereitungen dachten und intensiver auf die Evakuierung der Zivilbevölkerung drängten, als die Gau- und Kreisleitungen dies aus Gründen des Prestiges zuließen. Leider aber lag die Kompetenz in allen Evakuierungsangelegenheiten in letzter Instanz bei den politischen Leitern der NSDAP, die eifersüchtig darauf achteten, daß ihre Anordnungen befolgt wurden.

Dennoch zeigte es sich in der Behandlung der Evakuierungsfrage, daß auch unter den für die Räumung verantwortlichen Gauleitern keineswegs einheitliche Auffassungen herrschten. Während der Gauleiter von Ostpreußen, Koch, als ihm im Sommer 1944 vom Oberpräsidium Königsberg ein Plan zur Evakuierung der Bevölkerung Ostpreußens vorgelegt wurde, sich weigerte, diesen Plan auch nur als geheime Instruktion an die Verwaltungs- und Parteidienststellen in Ostpreußen weiterzuleiten, waren im Reichsgau Wartheland, im Reichsgau Danzig-Westpreußen, in Schlesien und in Pommern seit Juli/August 1944 immerhin bereits detaillierte Räumungspläne ausgearbeitet und geheime Instruktionen für den Ernstfall der Räumung ausgegeben worden.

Allerdings lag ihnen sämtlich eine völlig falsche Einschätzung der zu erwartenden russischen Großangriffe zugrunde. Insbesondere erwiesen sich die Vorstellungen über die Zeit, die man zur Evakuierung der Bevölkerung haben würde, als sehr irrig. Auch erstreckten sich diese Pläne meist nur auf das Hinterland der Front, und in vielen Fällen sahen sie Aufnahmegebiete für die Evakuierten vor, die im Zuge des späteren sowjetischen Angriffs selbst in kürzester Zeit zur Kampfzone wurden. Der Verlauf der russischen Offensive im Januar 1945 machte schließlich alle diese Überlegungen gegenstandslos und erwies die getroffenen Vorbereitungen als absolut unzulänglich.

Im Ganzen hat sich die Befehlsgewalt der Gau- und Kreisleitungen in der Räumungsfrage auch später mehr hemmend als fördernd ausgewirkt. Wenn es hier und dort durch die persönliche Tatkraft und die umsichtige Leitung einzelner auch gelang, das Chaos der Flucht zu bannen und durch die Organisation der Verpflegung und Unterkunft manche Not der Flüchtlinge zu mildern, so hat der Zwang der Parteibefehle fast in allen Gegenden verhindert, daß die Flucht der Bevölkerung rechtzeitig begann.<<

Bevölkerungsentwicklung in den deutschen Siedlungsgebieten (1944/45)

Kinderlandverschickung (KLV)

>>Ihr Kinderlein, ihr habt es gut / Bei uns im Dritten Reich. Der Führer nahm Euch treu in Hut / Ist gleich, ob arm, ob reich. Er schickte zur Erholung hin / Euch wo es hübsch und fein. Drum kommt es mir nicht aus dem Sinn / Ihr müßt ihm dankbar sein. Ihm Treue halten immerdar / So lang Ihr lebt auf Erden. Dann wird der Führer doch fürwahr / Mal wieder glücklich werden.<< (KLV-Propaganda)

Die Kinderlandverschickung begann im Jahre 1940 und mußte ab 1943 ausnahmslos befolgt werden. Die Verschickungsaktion wurde von der NS-Volkswohlfahrt (NSV), Hitlerjugend, NS-Lehrerschaft und anderen Erziehungsbehörden durchgeführt. KLV-Maßnahmen waren grundsätzlich kostenlos. Hunderttausende wurden damals von ihren Kindern und Enkeln getrennt. Ende 1943 hatte das NS-Regime bereits rd. 1,0 Millionen Kinder und Jugendliche in etwa 5.000 KLV-Lagern (Belegung: 18-1.200 Schüler) "in Sicherheit" gebracht (x072/22).

Die evakuierten Schülerinnen und Schüler wurden mehrheitlich östlich der Oder in KLV-Heimen untergebracht. Im Rahmen der "Erweiterten Kinderlandverschickung" evakuierte das NS-Regime von 1940-45 ca. 3,0 Millionen Kinder und Jugendliche (im Alter von 7-16 Jahren) in vermeintlich "bombensichere" Gebiete des Deutschen Reiches und in besetzte Gebiete Ost-Mitteleuropas (x072/22).

In den letzten Kriegsmontaten hielten sich noch über 500.000 KLV-Evakuierte in Ostdeutschland, im Sudetenland, in Böhmen und Mähren, in der Slowakei sowie im Warthegau auf (x049/45). Anstatt die KLV-Heime rechtzeitig zu räumen, mußten die Kinder und Jugendlichen nach der "Schule" monatelang Panzergräben und Straßenbarrikaden errichten. Viele KLV-Schulklassen flohen erst nach dem Zusammenbruch der deutschen Ostfront.

Später suchten Tausende von verzweifelten Eltern ihre vermißten Kinder und meldeten sie bei den DRK-Vermißenstellen. Der "DRK-Suchdienst" forschte z.B. noch im März 1952 nach 33.000 verschollenen "KLV-Evakuierten" und suchte gleichzeitig nach 18.000 vermißten Eltern von "KLV-Kindern".

Bombenevakuierte

>>Die Erde ist ein himmlischer Planet, auf dem die Unglücklichen ein höllisches Leben haben.<< (Johann N. Nestroy)

Nachdem die westlichen Alliierten in Casablanca (Konferenz vom 14. bis 25.01.1943) die "Arbeitsteilung" der Luftoffensive vereinbart hatten, wurden die Luftangriffe gegen das Deutsche Reich drastisch gesteigert. Die US-Luftflotte führte danach Tagesangriffe ("Präzisionsschläge") gegen wichtige militärische und wirtschaftliche Kriegsziele durch, während die britischen Bomberverbände ausschließlich Nachtangriffe ("Flächenbombardements") flogen, die sich hauptsächlich gegen die Wohnviertel der deutschen Großstädte richteten (x049/75). Bei den Nachtangriffen verwendeten die Briten spezielle Leuchtfallschirme ("Weihnachtsbäume"), um die Zielgebiete zu markieren.

Im Zweiten Weltkrieg wurden 131 größere Städte durch anglo-amerikanische Bomberflotten angegriffen (x049/76,77). Nach alliierten und deutschen Statistiken mußte die Reichshauptstadt Berlin z.B. 29 schwere Luftangriffe überstehen. Dann folgten Braunschweig (21), Ludwigshafen-Mannheim (19), Frankfurt, Kiel und Köln (je 18), Hamburg und München (16), Koblenz und Hamm (je 15) sowie Hannover und Magdeburg mit je 11 schweren Nacht- und Tagesangriffen.

Im Verlauf des Luftkrieges (1940-45) warf bzw. schoß die deutsche Luftwaffe 74.130 t Bomben (einschl. V-Waffen) auf Großbritannien.

Die Alliierten warfen 1.995.935 t Bomben über dem Deutschen Reich und den deutschen Besatzungsgebieten ab (x041/106,141).

Bei den deutschen Terrorangriffen vom 10.07.1940 bis 29.05.1944 starben 41.294 britische Zivilisten und 52.128 Briten wurden verletzt. Vom 12.06.1944 bis 29.03.1945 kamen weitere 8.938 britische Zivilisten durch V1-Flugbomben oder V2-Fernraketen um; 24.504 Briten wurden verletzt (x051/365).

Im Deutschen Reich wurden 609.000 Menschen durch Luftangriffe getötet und 917.000 verletzt (x051/364). Die anglo-amerikanischen Bomben zertrümmerten rd. 1,6 Millionen Gebäude. Mindestens 3,4 Millionen Wohnungen existierten nicht mehr oder waren unbewohnbar (x051/364).

Angesichts der ständigen anglo-amerikanischen Luftangriffe flüchteten viele wohlhabende Familien aus den Großstädten und Industriegebieten West- und Mitteldeutschlands in die "sicheren Gebiete" östlich der Oder. Sie zogen bei ihren ostdeutschen Verwandten und Bekannten ein oder mieteten mittelfristig Wohnungen bzw. Häuser. Die zahlungskräftigen Bombenflüchtlinge aus der Reichshauptstadt Berlin, den mittel- und westdeutschen Großstädten, dem Rheinland und aus Westfalen reisten hauptsächlich in die landschaftlich schönsten Feriengebiete an der ostdeutschen Ostseeküste oder in die beliebten Luftkurorte der schlesischen Gebirge.

Alle Ferienwohnungen und -häuser waren schnell vermietet und bis zum letzten Zimmer belegt. Sämtliche Kellerräume und Dachböden wurden mit Koffern, Kisten und sonstigen Wertgegenständen vollgestopft, denn jeder Bombenevakuierete hatte seinen wertvollsten Besitz mitgenommen und "in Sicherheit gebracht".

In den letzten Kriegsjahren verlagerte man außerdem wichtige Rüstungsbetriebe nach Ostdeutschland, in das Sudetenland oder nach Böhmen und Mähren. Durch diese Betriebsverlagerungen mußten Tausende von "Spezialisten" (Dienstverpflichtete) umziehen.

In den "Reichsluftschutzkellern" der deutschen Ostprovinzen, in den besetzten polnischen Gebieten, im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren stiegen die Einwohnerzahlen von 1943 bis Mitte 1944 um mindestens 950.000 Bombenevakuierete und 950.000 Dienstverpflichtete aus dem Westen des Deutschen Reiches.

Bis Ende 1944 war man jenseits der Oder vor Luftangriffen relativ sicher. Wegen der großen Entfernung führten die anglo-amerikanischen Bomberverbände nur selten Angriffe gegen ostdeutsche Großstädte und Häfen durch.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen Siedlungsgebieten (x001/1E-8E):
>>Stand der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße vor Beginn der sowjetischen Offensive nach Ostdeutschland

Jede Darstellung der Austreibung der Deutschen aus dem Osten wird, wenn sie den richtigen Ausgangspunkt gewinnen will, von den Bevölkerungsbewegungen auszugehen haben, die sich während des zweiten Weltkrieges seit 1939 in allen Teilen des Deutschen Reiches vollzogen haben. Gelenkte und spontane Wanderungsvorgänge größten Stils, Evakuierungen auf der einen Seite, Menschenkonzentrationen auf der anderen veränderten den Bevölkerungsstand in den einzelnen Reichsgebieten gegenüber der Vorkriegszeit erheblich.

Während der ersten Kriegshälfte - bis in die Jahre 1942/43 - waren Millionen von Männern zum Kriegsdienst einberufen worden. Ihr Ausscheiden aus dem Zivilleben und aus der Wirtschaft sollte durch die Hinzuziehung von zahlreichen Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern, vor allem aus Polen, Frankreich und Rußland, ausgeglichen werden. –

Daneben ergaben sich aber noch Bevölkerungsverlagerungen anderer Art, besonders dadurch, daß neue Industrien errichtet, kriegswichtige Anlagen und Einrichtungen verlegt wurden. Dazu kam das Kontingent derer, die zur Verwaltung und Bewirtschaftung in die während der ersten Kriegsjahre eroberten und besetzten Gebiete außerhalb der Reichsgrenzen abströmten,

und schließlich die Hunderttausende von Volksdeutschen, die im Zuge der "Rücksiedlung" verstreuter deutscher Volksgruppen aus Osteuropa im Reichsgebiet untergebracht wurden.

Mit dem Jahr 1943 begannen infolge der ständigen Verschärfung des Luftkrieges neue, noch tiefer greifende Veränderungen des Bevölkerungsstandes. Rund eine halbe Million Zivilpersonen fiel den Bombenangriffen zum Opfer, und mit Beginn dieser Angriffe setzte die Evakuierung oder der freiwillige Abzug besonders von Frauen und Kindern aus den Großstädten und aus den am stärksten luftgefährdeten Gebieten im Nordwesten des Reiches und aus Berlin ein. Der Umfang dieser Bewegung geht daraus hervor, daß die Großstädte des deutschen Reiches (in den Grenzen von 1937, die vor Beginn des Krieges 22,5 Millionen Menschen beherbergt hatten, Ende 1944 nur noch eine Bevölkerung von 15 Millionen zählten.

Insgesamt waren es etwa 10 Millionen Menschen, das ist nahezu ein Sechstel der damaligen deutschen Zivilbevölkerung des Reiches, die bei Kriegsende als Luftkriegsevakuierete, getrennt von ihren in näherer oder weiterer Entfernung gelegenen Wohnorten, in den verschiedensten Notunterkünften und Zufluchtsorten über das Reichsgebiet verstreut lebten.

Alle diese kriegsbedingten Bevölkerungsverschiebungen wirkten sich auf die deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Neiße aus. Gewiß noch höher als in den industriellen Gegenden des Reiches war in den vorwiegend agrarischen Ostgebieten der Anteil der zum Wehrdienst abberufenen Männer, da die Freistellungen vom Kriegsdienst in der Landwirtschaft nicht den zahlenmäßigen Umfang annahmen wie in der Industrie, und die Bauern und Landarbeiter besser als die Facharbeiter in der Industrie durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden konnten.

Die Folge war, daß sich die arbeitsfähige Bevölkerung Ostpreußens, Ostpommerns, Ostbrandenburgs und Niederschlesiens in hohem Maße aus Frauen und ausländischen Arbeitern zusammensetzte, was sich in der kommenden Zeit der Flucht vor der Roten Armee sehr zum Schaden auswirkte. –

Obwohl in den Ostgebieten jenseits der Oder und Neiße auf Grund der weiteren Entfernung von den alliierten Luftbasen größere Sicherheit vor Bombenangriffen bestand als in Mittel- und Westdeutschland, löste die in den letzten Kriegsjahren immer weiter ausgedehnte Tätigkeit der alliierten Luftwaffe auch in der, mit Ausnahme Oberschlesiens, geringen Zahl von ostdeutschen Großstädten eine Abwanderungsbewegung auf das Land aus.

Lediglich in den Städten des oberschlesischen Industriegebietes, das als einziges noch von Bombenangriffen verschontes Industriegebiet zu einem kriegswirtschaftlichen Schwerpunkt erster Ordnung geworden war, wurde die Evakuierung von Frauen und Kindern durch das Hinzukommen neuer Arbeitskräfte etwa ausgeglichen. ...

Zusammen mit den Evakuierten aus den ostdeutschen Großstädten strömten Hunderttausende von Bombenflüchtlingen aus dem mittleren und westlichen Reichsgebiet in die ländlichen Gegenden Ostdeutschlands ein.

Die Zunahme der Bevölkerung auf dem Lande war besonders auffällig in der näheren Umgebung der Großstädte. Auch landschaftlich begünstigte Gegenden wie das Riesengebirge und die Ostseeküste erwiesen sich als besondere Anziehungspunkte. In diese Gegenden führte u.a. auch die sogenannte Kinderlandverschickung, bei der schulpflichtige Kinder aus luftgefährdeten Städten in Heime auf dem Lande evakuiert wurden. ...

Unmittelbarer als die Evakuierung der westlichen Städte des Reiches wirkte sich auf Ostdeutschland die Evakuierung der Reichshauptstadt Berlin aus. Bis Ende 1944 hatten 1,5 Millionen Menschen Berlin verlassen und waren zunächst vor allem in Brandenburg, später aber auch zu großen Teilen in Ostpreußen, Schlesien und selbst im Reichsgau Wartheland untergebracht worden.

Zusammen mit den zahlreichen Westdeutschen, die meist aus persönlicher Initiative bei Verwandten und Bekannten in Ostdeutschland Unterkunft gefunden hatten, bewirkte der Bevölkerungszustrom aus Berlin, daß die Zahl der in Ostdeutschland lebenden Zivilbevölkerung in

den letzten Kriegsjahren fortgesetzt anstieg. Diese Zunahme wurde jedoch auch durch den nicht unwesentlichen natürlichen Bevölkerungszuwachs mitverursacht. Denn wenn man von den Wehrmachtsverlusten, die bei der Ermittlung der Anzahl der bei Kriegsende in Ostdeutschland anwesenden Menschen unberücksichtigt bleiben können, absieht, ergibt sich, daß die Zahl der Lebendgeborenen während der Kriegsjahre in den Ostgebieten die Zahl der Verstorbenen um fast eine halbe Million übertraf.

Die Folge des relativ hohen natürlichen Bevölkerungszuwachses, vor allem aber des Zustroms der Bombenflüchtlinge war, daß die Bevölkerungszahl der deutschen Provinzen östlich der Oder und Neiße im Frühjahr 1944, als noch keinerlei Bevölkerungsverschiebungen durch das Vordringen der Roten Armee eingetreten waren, trotz des Fehlens der zum Kriegsdienst Einberufenen höher war als 1939, wobei die im Lande befindlichen Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeiter nicht mitgezählt sind.

Die Bevölkerungszahl der in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße lebenden deutschen Bevölkerung 1939 und 1944¹⁾.

Deutsche Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (Grenzen von 1937)	17. 5. 1939 Volkszählung	Februar/März 1944 (nach der 59. Zuteilungsperiode der Lebensmittelversorgung)
Ostpreußen	2 488 000	2 519 000
Ostpommern	1 895 000	1 861 000
Ostbrandenburg	645 000	660 000
Schlesien	4 592 000	4 718 000
Insgesamt	9 620 000	9 758 000

1) Statistische Berichte des Berliner Reichsamtes, "59. Zuteilung der Lebensmittelversorgung vom Februar/März 1944".

Während die Gesamtzahl der Zivilbevölkerung des deutschen Reiches (in den Grenzen von 1937) gegenüber dem Stand von 1939 durch die Einberufungen zur Wehrmacht um viele Millionen abgenommen hatte, war die Zahl der im Reichsgebiet östlich der Oder-Neiße lebenden Zivilbevölkerung sogar um 138.000 über den Friedensstand gestiegen. Diese Bevölkerungszunahme in Ostdeutschland war in erster Linie verursacht durch den Zustrom von Luftkriegsevakuirten aus den mittleren und westlichen Gebieten Deutschlands. Ihre ungefähre Zahl und Verteilung lassen sich aus den Ergebnissen der Verbrauchergruppenstatistik errechnen, die während des Krieges geführt wurde.

Anzahl und Verteilung der Luftkriegsevakuirten in Ostdeutschland (Februar/März 1944).

Ostpreußen	200 000
Ostpommern	100 000
Ostbrandenburg	75 000
Schlesien	450 000
Oder-Neiße-Gebiete insgesamt	825 000

Wie die einheimische Ostbevölkerung wurden auch die Bombenevakuierten, die sich in Ost-

deutschland aufhielten, in die Ereignisse der Vertreibung hineingerissen. Sie sind Mitleidende dieser Ereignisse gewesen, wenngleich sie hierbei nicht wie die einheimischen Ostdeutschen ihre angestammte Heimat verloren haben und deshalb auch in keiner Statistik der Vertriebenen enthalten sind.

Zu den 9,7 Millionen Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die am Ende des Krieges in den ostdeutschen Gebieten lebten, gehören neben den zahlenmäßig geringen echten Minderheiten fremden Volkstums auch die Gruppen, die zwar nicht oder nur teilweise der deutschen Sprachgemeinschaft zugerechnet werden können, jedoch in der überwiegenden Mehrzahl sich politisch als Deutsche fühlten, soweit sie nicht in die Kategorie des schwebenden Volkstums eingeordnet werden müssen. Dies gilt z.B. für diejenigen Masuren in Ostpreußen, die sprachlich noch nicht vollständig in das deutsche Volkstum aufgegangen waren, und für bestimmte Teile der das sogenannte Wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier.

In allen diesen Fällen lassen sich bei den verwickelten sprach- und volkspolitischen Verhältnissen des Ostens nationales Bewußtsein und Sprache nicht einfach gleichsetzen. Wie sich diese Gruppen beim Einfall der Roten Armee und später verhalten haben, läßt sich heute noch nicht hinreichend feststellen. Sicher ist jedoch, daß ihre Existenz die sehr fragwürdige Grundlage der polnischen Versuche bildete, rund eine Millionen Personen deutscher Staatsangehörigkeit in Ostdeutschland als sogenannte Autochthone zu reklamieren.

Demgegenüber ist festzustellen, daß in den ostdeutschen Gebieten (Reichsgrenzen von 1937) bei Beginn des 2. Weltkrieges im Ganzen nur etwa 450.000 Angehörige entweder nicht deutsch sprechender oder doppelsprachiger Volksgruppen lebten, von denen jedoch nur etwa der vierte Teil echten Minderheiten zugehörte, während der überwiegende Teil seinem politischen Bewußtsein nach deutsch gesinnt war.

Die Erfassung der Anzahl der Deutschen, die bei Kriegsende östlich der Oder-Neiße lebten und infolgedessen das Schicksal der Vertreibung erlitten, wäre sehr unvollständig, würde sie nicht auch alle jene Deutschen einbeziehen, die außerhalb der deutschen Ostgrenzen (nach dem Stande vom 31. Dezember 1937) ansässig waren. Es handelt sich hierbei vor allem um die fast rein deutsche Bevölkerung Danzigs und um die zahlreichen deutschen Memelländer, von denen ein kleiner Teil litauisch sprach. Ferner wurden in gleicher Weise wie die Reichsdeutschen östlich der Oder-Neiße auch die rund 1,5 Millionen Personen eindeutig deutscher Volkszugehörigkeit betroffen, die in den Gebieten des polnischen Staates (in den Grenzen von 1937) lebten.

Vor allem Westpreußen und der nach der deutschen Besetzung gebildete Reichsgau Wartheland sowie der polnische Teil Ostoberschlesiens hatten eine zahlreiche einheimische deutsche Bevölkerung, die während des Krieges noch vermehrt worden war durch den Zuzug von Umsiedlern aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien, Bessarabien, der Dobrudscha, der Bukowina und der Gottschee.

Auch aus dem Reich waren während der Zeit der deutschen Okkupation einige Hunderttausend Deutsche nach Polen zugewandert. Teils waren es Personen, die in den Jahren nach 1919 durch systematischen polnischen Boykott aus diesen Gebieten verdrängt worden waren und nach 1939 zurückkehrten, teils auch Reichsdeutsche, die zur Verwaltung und Bewirtschaftung der polnischen Gebiete ins Land kamen.

Anzahl, Verteilung und Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung Danzigs, des Memellandes und Polens nach dem Stande von 1944²⁾.

Gebiete mit deutscher Bevölkerung außerh. d. dt. Ostgrenzen v. 31. 12. 1937	Alteingesessene dt. Bevölkerung	Umsiedler	Deutsche aus dem Reich	Insgesamt
Danzig ³⁾	394 000	—	10 000	404 000
Memelland ³⁾	129 000	—	5 000	134 000
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	210 000	57 000	40 000	307 000
Reichsgau Wartheland	230 000	250 000	194 000	674 000
An die Provinz Ostpreußen angegliederte polnische Gebiete	31 000	8 000	26 000	65 000
Ostoberschlesien	238 000	38 000	100 000	376 000
Generalgouvernement	80 000	—	100 000	180 000
Insgesamt	1 312 000 (62 ‰)	353 000 (16 ‰)	475 000 (22 ‰)	2 140 000 (100 ‰)

2) "Kleiner Umsiedlungsspiegel" (x001/8E).

3) Personenstandsaufnahme vom 10.10.1941 (x001/8E).

Aus den vorangegangenen Übersichten geht hervor, daß bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße (in den Grenzen von 1937) 9,75 Millionen Menschen deutscher Staatsangehörigkeit lebten, die mit geringen Ausnahmen auch eindeutig deutscher Sprach- und Volkszugehörigkeit waren.

Daneben waren zur gleichen Zeit in Danzig, im Memelland und in Polen 2,14 Millionen Personen deutscher Volkszugehörigkeit anwesend. Dies bedeutet, daß über 11 Millionen Menschen östlich der Oder und Neiße wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit die Ereignisse im Zusammenhang mit der Vertreibung erleiden mußten. –

Nicht einbegriffen in diese Zahl sind ca. 1,5 Millionen zum Kriegsdienst eingezogener ostdeutscher Männer, die, soweit sie aus dem Kriege zurückgekehrt sind, ebenso zu Heimatvertriebenen wurden wie ihre ostdeutschen Angehörigen, die den Vertreibungsprozeß selbst erlebt hatten.<<

Reichs- und volksdeutsche Bevölkerung in den Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (in den Grenzen von 1937). Bevölkerungsstand vor der Flucht 1944/45 (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer):

	Einheimische Bevölkerung	1)	Bomben-evakuierte	Dienstver-pflichtete	Stand: Febr./März 1944
Ostbrandenburg	585.000		75.000	-	660.000
Ostpommern	1.761.000		100.000	-	1.861.000
Ostpreußen	2.319.000		200.000	-	2.519.000
Schlesien	<u>4.268.000</u>		<u>450.000</u>	-	<u>4.718.000</u>
Deutsche Ostprovinzen	<u>8.933.000</u>		<u>825.000</u>	-	<u>9.758.000</u>
	Einheimische Bevölkerung	1)	Volksdeutsche Umsiedler	Dienstver-pflichtete	Stand: Febr./März 1944
Memelland	<u>129.000</u>		-	<u>5.000</u>	<u>134.000</u>
Danzig	394.000		-	10.000	404.000
Polnische Gebiete des Reichs-gaues Danzig-Westpreußen	241.000		65.000	66.000	372.000
Reichsgau Wartheland	230.000		250.000	194.000	674.000
Ostoberschlesien	238.000		38.000	100.000	376.000
Generalgouvernement	<u>80.000</u>		-	<u>100.000</u>	<u>180.000</u>
Polnische Gebiete	<u>1.183.000</u>		<u>353.000</u>	<u>470.000</u>	<u>2.006.000</u>
	Einheimische Bevölkerung	2)	Bombeneva-kuierte	Dienstver-pflichtete	Stand: 1944/1945
Reichsgau Sudetenland, Pro-tekto- rat Böhmen und Mähren sowie Slowakei	<u>3.000.000</u>		<u>125.000</u>	<u>475.000</u>	<u>3.600.000</u>
	13.245.000		1.303.000	950.000	15.498.000
	Einheimische Bevölkerung	3)	Volksdeutsche Umsiedler	Dienstver-pflichtete	Stand: 1944/1945
Estland, Lettland und Litauen	153.000		- 130.000	-	23.000
Jugoslawien	470.000		- 110.000	-	360.000
Rumänien	719.000		- 215.000	-	504.000
Ungarn	543.000		-	-	543.000
Übrige Balkanstaaten	<u>6.000</u>		- <u>6.000</u>	-	-
Baltikum und Balkan	<u>1.891.000</u>	3)	- <u>461.000</u>	-	<u>1.430.000</u>
Ost-Mitteleuropa	15.136.000		842.000	950.000	16.928.000
Sowjetunion	<u>1.500.000</u>	3)	- <u>313.000</u>	-	<u>1.187.000</u>
Insgesamt	<u>16.636.000</u>	4)	<u>529.000</u>	<u>950.000</u>	<u>18.115.000</u>

Quellen: 1) Statistische Berichte des Berliner Reichsamtes; "59. Zuteilung der Lebensmittelversorgung vom Februar/März 1944" (x001/5E,7E,8E).

2) "Lebensmittelzuteilungsperiode Januar 1945" (x004/17,18).

3) "Das Parlament" vom 03.09.1977 (x018/24.526). Nach anderen Quellen lebten 1944/45 ca. 1,5-2,0 Millionen (x026/104) bzw. rd. 2,1 Millionen Volksdeutsche in der Sowjetunion (x051/603).

4) Ohne zum Kriegsdienst eingezogene ost- und volksdeutsche Männer = 2.280.000 Soldaten. Die deutschen Ostgebiete und polnischen Gebiete stellten ca. 1.500.000, Sudetenland ca. 500.000, Jugoslawien ca. 80.000, Rumänien ca. 110.000 und in Ungarn rekrutierte man ca. 90.000 Soldaten.

Der "Deutsche Kirchliche Suchdienst" konnte u.a. bis zum 31.12.1980 insgesamt 18.637.957 Deutsche, die damals in den "Vertreibungsgebieten" lebten, namentlich erfassen (x025/74).